

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenerstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 9-5 Uhr
Verleger: Bornemann-Verlag GmbH, Berlin SW. 66, Cindenerstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Pensionen der Prinzen.

Deutschnationale Abgeordnete verhandelten mit Wilhelm von Dels.

Bei der Weiterberatung der Fürstenausschuss-Verhandlung legte die Regierung eine Nachweisung über die Militärpensionsbezüge ehemaliger regierender Häuser vor...

Dr. Rosenfeld zur Geschäftsordnung: Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich eine Frage an die Deutschnationalen zu stellen: Ist es wahr, daß deutschnationale Abgeordnete in den letzten Wochen mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen über die Frage der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern verhandelt haben...

Abg. Barth (Dnat.): Das ist eine ganz ungehörige Frage. Unsere Beziehungen zu den Hohenzollern gehen niemanden etwas an. Ich will aber die Erklärung abgeben, daß wir mit Seiner kaiserlichen Hoheit, dem Kronprinzen, keine Verhandlungen gehabt haben.

Dr. Rosenfeld: Ich muß mich entschieden zurückziehen, daß meine Frage als ungebührlich bezeichnet wird. Diese Frage war notwendig, weil im Interesse des deutschen Volkes festgestellt werden muß, ob Mitglieder des Reichstages mit interessierten Fürsten über die im Reichstag bei der Verhandlung der Fürstenausschuss-Verhandlung zu beobachtende Taktik sich verständigen.

Am 28. und 29. Januar haben im niederländischen Palais und bei Hiller zwei Zusammenkünfte stattgefunden, an denen der ehemalige deutsche Kronprinz, Vertreter der hohenzollerischen Vermögensverwaltung und deutschnationale Reichstagsabgeordnete teilgenommen haben...

Abg. Barth (Dnat.): Die Mitglieder des Rechtsausschusses, die der Deutschnationalen Volkspartei angehören, haben nicht die Ehre gehabt, mit der kaiserlichen Hoheit, dem Kronprinzen, zu sprechen.

Abg. Everling (Dnat.): Ich muß mich dagegen verwahren, daß die gekränkten Rechte der Fürstlichen Familien und die Interessen des Volkes in Gegensatz gesetzt werden (Allgemeine Heiterkeit). Ein Rechtsbruch, wie der hier erstrebt, belastet das Volk, in dessen Namen er versucht wird, mit einem Makel. Wir aber wollen nun nicht, daß das deutsche Volk durch die Enteignung der Fürsten mit einem Makel belastet wird...

Abg. Korsch (Komm.) protestiert gegen das Verhalten der Deutschnationalen, die die Interessen des deutschen Volkes auf schwerste verletzten.

Abg. Lohmann (Dnat.): Niemand hat ein Recht, uns einen Vorwurf zu machen, wenn wir mit Fürsten verhandeln. Solche Verhandlungen können uns nur helfen, ein gerechtes Urteil zu bilden.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Jeder Versuch, bei der Vertretung von Fürsteninteressen den Eindruck hervorzurufen, als ob diese mit den Volksinteressen nicht im schärfsten Widerspruch ständen, muß entschieden zurückgewiesen werden. Die deutschnationalen Abgeordneten, die mit Fürsten darüber verhandeln, wie am besten die Vermögensinteressen der Fürsten im Reichstag gewahrt werden...

die Vermögensinteressen der Fürsten im Reichstag gewahrt werden, verdienen den schärfsten Vorwurf. Sie verletzen aufs schwerste die elementarsten Pflichten jedes Volksovertreters.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten. In der Fortsetzung der Generaldebatte nimmt das Wort

Abg. Freiherr v. Richthofen (Dem.): Das dem Ausschuss vorgelegene Material hat die Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Abfindungsfrage klar bewiesen. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß den fürstlichen Familien durch Urteile, die dem Volksempfinden nicht immer entsprechen ein Landbesitz von 500 000 Hektar, also ein Gebiet fast so groß wie der Freistaat Oldenburg, zugesprochen worden ist...

daß die fürstlichen Familien so wenig der Notlage des deutschen Volkes Rechnung tragen,

vielmehr im großen und ganzen das Bestreben zeigen würden, aus der Liquidationsmasse für sich herauszuholen, was irgend möglich ist. Die von den Kommunisten und Sozialdemokraten beantragte vollständige Enteignung halten wir Demokraten nicht für gangbar. Sie würde nicht die Beruhigung bringen, die wir brauchen. Sie würde auch nicht den Grundgedanken der Gerechtigkeit entsprechen...

Tschechoslowakisches "Locarno".

Mit Hilfe der Sprachendrosselung. Von Senator Johann Polak (Brünn).

Die tschechoslowakische Republik hat sich in ihrer "revolutionären" Nationalversammlung, die dem legalen Parlamente vorausging, Gesetze über die Verfassung, über die Grundzüge des Sprachenrechtes, über die Errichtung von Gauen und Bezirksbehörden, über die Gemeindeordnung gegeben...

Die Wahlen im November haben die Opposition mächtig verstärkt, ihrer Kritik an der Politik der Regierungskoalition neue Argumente und erhöhte Kraft verliehen. Sie haben aber auch in der eingeschränkten Regierungsmehrheit Gegensätze ausreizen lassen...

Nun hat sich des gefährdeten Parlamentarismus die deutsche Sozialdemokratie angenommen. Sie hat unter Benützung des § 40 der Geschäftsordnung, nach welchem über Beratungen von Zweifeln der Abgeordneten das Haus binnen drei Tagen einberufen werden muß...

In diese künstlich erregte Stimmung, in die vergiftete Atmosphäre warf nun die Regierung die Sprachverordnung hinein. Diese Verordnung ist das Schlimmste an nationaler Entrechtung, was man sich vorstellen kann! Sie bedeutet eine katastrophale Verschlechterung des Rechtszustandes...

Sie nimmt deutschen Gemeinden ihre Autonomie, indem sie vom Bürgermeister und seinen Vertretern die Beherrschung der tschechischen Sprache verlangt, von Gemeinden mit über 3000 Einwohnern die Bestellung einer genügenden Anzahl von der "Staatssprache" in Wort und Schrift mächtigen Beamten verlangt...

Seit Jahren haben die Deutschen, hat die deutsche Sozialdemokratie die Erlassung der Sprachverordnung verlangt, um dem Zustande der Unsicherheit und Verwirrung ein Ende zu setzen. Als das Begehren unter der Regierung Tusa gestellt wurde, hat der damalige Innenminister und jetzige Ministerpräsident Schwobla feierlich versprochen, die Sprachverordnung dem Parlament vorzulegen...

Preussischer Landtag.

Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Im preussischen Landtag wurde heute zu Beginn der Sitzung auf Verlangen des Genossen Lüdemann ein sozialdemokratischer Antrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung gesetzt...

angenommen wird ein Antrag, der die Anerkennung der in Überdieseln durch Aufrubr und Poleneinfall verursachten Schäden als Reichsschuld und die Befreiung in der Zahlung der Entschädigungen verlangt. Ferner wird angenommen ein sozialdemokratischer Antrag zur Bekämpfung der Stilllegung von Zechen im Ruhrgebiet aus spekulativem Interesse...

Nach Ueberweisung eines Zentrumsantrages zur Stundung der Saatkreditfrage an den zuständigen Ausschuss geht das Haus an die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk.

Zusammenhalten der Linken.

Niederlage Doumerds.

Paris, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Linke hat am Montag dem Finanzminister Doumer eine neue schwere Niederlage beigebracht. Der von diesen gestellte Antrag auf Zurückstellung der von der Kommission vorgeschlagenen Annahme der Inhaber-Ramenspapiere wurde von der Kammer mit 267 gegen 233 Stimmen abgelehnt. Gegen den Antrag haben geschlossen die drei Parteien des Kartells gestimmt. Der gestern in einer Beratung der Fraktionsvorsitzende beschlossene Appell an die Parteidisziplin hat demnach bereits seine ersten Früchte gezeitigt. Doumer, der noch am Montag nachmittags jedes Kompromiß in der Finanzkommission sehr von oben herab

zurückgewiesen hatte, hat sich nach der Abstimmung bereit erklärt, die "Zusammenarbeit" mit der Kommission wieder aufzunehmen.

England für Rußlands Mitarbeit.

Chamberlain über die Abrüstungskonferenz.

London, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Außenminister Chamberlain beantwortete am Montag im Unterhaus die an ihn gerichtete Frage über die Stellungnahme Sowjet-Rußlands zur vorbereitenden Abrüstungskonferenz. Er teilte mit, daß Rußland bisher auf die Einladung des Völkerbundsekretariats amtlich noch nicht geantwortet hat. Vorläufig seien die Schwierigkeiten, die bisher einer Teilnahme an der Konferenz in Genf entgegenstanden, noch nicht behoben. Die englische Regierung habe zwar keine Veranlassung, sich irgendwie ein Urteil bezüglich dieser Schwierigkeiten zu erlauben, aber das Kabinett hege doch die Hoffnung, daß die Schwierigkeiten beseitigt und die Mitarbeit Rußlands auf der Entwaffnungskonferenz gesichert werden könne.

Aus dieser Verkaufbarung des englischen Außenministers wird ersichtlich, daß entgegen den bisherigen Meldungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Schweiz und Moskau doch noch weitere Verhandlungen geführt werden.

Völkerbundsrat am Freitag.

Uebergabe der deutschen Note am Mittwoch.

Genf, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag gegen Mittag hat der deutsche Generalkonsul Wichmann dem Generalsekretär des Völkerbundes die Voranzeige gemacht, daß die Note der deutschen Reichsregierung mit dem Eintrittsgesuch am Mittwoch übergeben werden wird.

Darauf wurde die außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates auf Freitag nachmittags 5 Uhr einberufen.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages wurde heute in kurzer Sitzung eine Vereinbarung über die Rednerfolge bei der heutigen Debatte im Reichstage getroffen. An erster Stelle wird der Reichsaussenminister Dr. Stresemann sprechen. Dann wird im Namen der Regierungsparteien Abg. Dr. Schulz (D. Sp.) eine formulierte Erklärung abgeben. Für die Sozialdemokraten wird dann der Abg. Stampfer sprechen, für die Deutschnationalen der Abg. Dr. Martin Spahn.





